

Politische Integration

Dreiländertagung der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaften

13. Januar 2011, Universität Basel

Die Verantwortung nationaler Akteure im europäischen Forschungsraum

Dr. Dr. h. c. Barbara Haering, ERAB

Sehr geehrter Herr Rektor

Sehr geehrte Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrer Tagung. Es ist mir eine Ehre und Freude zugleich, Überlegungen zur Verantwortung nationaler Akteure im europäischen Forschungsraum gleich mit Vertreterinnen und Vertretern aus drei dieser europäischen Länder teilen zu können.

Die Tatsache, dass Sie eine wissenschaftliche Dreiländertagung durchführen und dazu auch noch das übergreifende Thema der «Politischen Integration» gewählt haben, ist an sich bereits als Schritt zu einer verstärkten Integration im Rahmen des Europäischen Forschungsraums zu deuten. Dies ist positiv, denn, meine Damen und Herren, und ich zitiere: «Wenn es um Forschung und Innovation geht, spricht man in den USA von China – und in China von den USA. Von Europa spricht niemand.» Mit diesen Worten fasste Dr. Martin Schuurmans, Präsident des European Institute of Innovation and Technology anlässlich der Tagung der Spanischen Präsidentschaft und des Europäischen Forschungsrats (ERAB) anfangs Mai letzten Jahres seine Beurteilung der Innovationskraft Europas zusammen.

Die Forschungs- und Entwicklungsintensität der EU stagniert, während jene Asiens stark wächst und die USA ihr wesentlich höheres Investitionsniveau in etwa beibehalten. Weniger als 25% der weltweiten Forschungsinvestitionen werden heute in der EU getätigt. Wachsende Investitionen neuer 'global players' insbesondere aus Asien, aber auch aus Mittel- und Südamerika in Wissenschaft und Technologie lassen diesen Anteil weiter schrumpfen.

Dabei war es bis vor Kurzem vor allem die Schwäche der privaten Forschungsinvestitionen, die die EU in diesen Statistiken ins Hintertreffen führte. Die schwierige Wirtschaftslage veranlasste nun einige Staaten, auch ihre öffentlichen Investitionen in Bildung und Forschung drastisch zu kürzen. Dies wird Konsequenzen haben, denn internationale Studien identifizierten hohe Entwicklungskosten, eine fehlende Nachfrage nach Forschung und Innovation, spezifische staatliche Regulierungen, eine schwache Wissenschaftsbasis sowie eine schwache Produktionsbasis als besondere Hemmnisse für Innovationen.

Verstärkt durch die Krise der Finanzwirtschaft, wird sich Europa seiner Innovationschwäche aber auch bewusst. Und, wie die neue Kommissarin für Forschung und Innovation Maire Geoghegan-Quinn es ausdrückte, «It's time to walk the talk!». In der Stossrichtung der Massnahmen, die in der Lage sein könnten, Europa wieder auf die globale Innovationsagenda zu bringen, sind sich der Europäische Forschungsrat und die neue Kommission einig:

- *Umfassender Innovationsprozess*: Ziel ist eine bessere Integration von Bildung, Forschung und Innovation zur Stärkung des gesamthaften Innovationsprozesses. Es geht darum, den Bogen zu spannen von der Grundlagenforschung bis hin zur Umsetzung von Innovationen am Markt. Wir müssen lernen, vermehrt im Dreieck von Forschung, Entwicklung und Anwendung zu denken, denn Innovationsprozesse verlaufen nicht linear. Sie sind angewiesen auf wechselseitigen Austausch und auf Rückkoppelungsprozesse. Die Strategie «European Innovation Union», welche im letzten Oktober publiziert wurde und als eine der sieben «Flagship Initiatives» die «Agenda Europe 2020» konkretisiert, unterbreitet dazu das Konzept der «Innovation Partnerships». Übergeordnete thematische Schwerpunkte sollen in Zukunft dazu dienen, die vielfältigen Förderinstrumente und Kooperationsinstrumente der EU zu bündeln. Ein Pilotversuch soll noch in diesem Jahr zum Thema «Healthy and Active Ageing» lanciert werden. Im Gegenzug sollen mittelfristig die diversen Förderinstrumente und Förderinitiativen der EU nicht mehr thematisch und methodisch und also überdeterminiert, sondern nur noch methodisch definiert und vereinfacht werden.
- *Innovation ist Kultur*: Gleichzeitig muss das Bewusstsein dafür wachsen, dass der Begriff der «Innovation» nicht nur etwas mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, mit neuester Technik und mit wirtschaftlichem Wachstum zu tun hat, sondern dass dazu gleichermassen soziale und gesellschaftliche Innovationen zu zählen sind. Und jede Innovation stellt eine kulturelle Leistung dar. Innovationen sind deshalb ihrerseits auf einen Kontext angewiesen, der kulturell fördernd und fordernd ist. Wissenschaft muss somit mit gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein gepaart werden. Exzellenz kann sich nie selber genügen. Nur wenn die Wissenschaft die Verantwortung, die in ihrer Exzellenz liegt, wahrnimmt, wird sie globale Ausstrahlung erreichen und zu einem Ort des gesellschaftlich relevanten Diskurses werden. Die Auseinandersetzung mit den ethischen, den gesellschaftlichen und den wirtschaftlichen Dimensionen der Wissensgesellschaft und der öf-

fentliche Dialog darüber machen Wissenschaft noch wertvoller. Ohne Übernahme von Verantwortung ist innere Freiheit nicht zu erreichen. Und innere Freiheit ist die Voraussetzung für Kreativität und Innovation.

- *Effektiver und effizienter Einsatz öffentlicher Mittel:* Zur Debatte stehen überdies Prioritätensetzungen bei grossen Investitionen in Forschungsinfrastrukturen und Forschungsprogrammen sowie eine stärkere Profilbildung innerhalb nationaler Hochschullandschaften. Internationale Studien erkennen Clusterbildungen als spezifisch innovationsfördernd. 50% der im OECD-Raum stattfindenden Forschung und Entwicklung findet in 10% der Regionen statt. Wir tun somit gut daran, wenn wir uns zusammenschliessen und Synergien nutzen. Solche Clusterbildungen müssen verbunden werden mit der europaweiten Möglichkeit zur Mobilität. Im Sinne einer «fünften Freiheit» sollen Forschende, Wissen und Innovation sich frei im EU-Raum entfalten können. Dies stellt Anforderungen insbesondere an Pensionskassensysteme sowie an die Mobilität von Fördermitteln.
- *Abbau von Bürokratie:* Zu einem effektiven und effizienten Einsatz öffentlicher Forschungsmittel gehört überdies der Abbau bürokratischer Aufwände in Brüssel wie auch in nationalen Wissenschaftssystemen sowie eine klare Ausrichtung von Forschungsförderung auf Exzellenz. Forschungsförderung soll in erster Linie der Wissenschaft und der Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaften und Wirtschaften dienen. Die europäische Kohäsion ebenso wie föderale Interessen innerhalb unserer Länder sind mit anderen Mitteln zu fördern. Bereits im Februar dieses Jahres wird die «DG Research and Innovation» die europäische Forschungsgemeinschaft einladen, Stellung zu nehmen zur Ausgestaltung des nächsten Forschungsrahmenprogramms zu beantworten. Diese breit angelegte Vernehmlassung soll bis im Juni die grundlegenden Interessen der Forschungsgemeinschaft klären. Inwiefern es wieder ein vergleichbares Forschungsrahmenprogramm geben soll, oder ob die Mittel der Europäischen Gemeinschaft zur Forschungsförderung allenfalls vollumfänglich über Agenturen in der Art des European Research Councils (ERC) verteilt werden sollen, scheint zurzeit offen.

Der Vertrag von Lissabon, der im Frühling letzten Jahres in Kraft trat, wertet Forschung auf – von einem politischen Projekt, das der Wettbewerbsfähigkeit oder spezifischen Sektoralpolitiken der EU zu dienen hatte, zu einem eigenständigen politischen Ziel der EU. Damit erhält Brüssel die Möglichkeit, Forschung auch über die thematisch klar definierten Forschungsrahmenprogramme hinaus zu fördern und allenfalls auch verstärkt zu koordinieren. Die neue Kommissarin für Forschung und Innovation ist gewillt, die Umsetzung dieser neuen Kompetenzen auszuloten. Zur Diskussion steht beispielsweise die Möglichkeit, eine verstärkte Harmonisierung der Innovationspolitiken und dabei unter anderem den Einsatz des öffentlichen Beschaffungswesens für Innovation mittels einer EU-Direktive anzustossen. Dies wird selbstredend nur die Mitgliedstaaten der EU betreffen. Da sich gleichzeitig immer mehr Länder an den Forschungsrahmenprogrammen beteiligen wollen, denkt die EU zudem über neue strategische Entscheidungsstrukturen nur für ihre Mitgliedstaaten und allenfalls aus-

gewählte Partnerländer nach. Will die Schweiz weiterhin in strategische Entscheide der Forschungspolitik der EU einbezogen bleiben, so muss sie für die EU forschungspolitisch attraktiv bleiben. Mit anderen Worten: Sie muss dem Wissenschaftsstandort Schweiz Sorge tragen und sich gleichzeitig für den Europäischen Forschungsraum engagieren – auch finanziell. (Oder aber sie tritt der EU bei – was ich ihr sowieso empfehlen möchte.)

Die generellen Zielsetzungen für den Europäischen Forschungs- und Innovationsraum finden breite Unterstützung – in der europäischen Wissenschaftsgemeinschaft, bei privaten Unternehmen und auch in politischen Ansprachen. Allerdings stellen sich Fragen zu ihrer Umsetzung: Inwiefern werden die Mitgliedstaaten der EU direktive Empfehlungen im Forschungs- und Innovationsbereich unterstützen? Wird es tatsächlich möglich sein, die öffentlichen und privaten Forschungsinvestitionen im geforderten Mass zu erhöhen? Kann Europa den Unternehmergeist wecken, den es heute für den globalen Innovationswettbewerb braucht? Wie steht es um die Profilbildung und Modernisierung nationaler Hochschullandschaften – nicht nur, aber insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten? Offene Fragen, die noch viel zu reden geben werden.

Wenn es darum geht, den Rückstand wieder aufzuholen, kann Europa allerdings auf spezifischen Stärken aufbauen: Die grosse Anzahl gut ausgebildeter Menschen, die Tradition hochstehender Forschung, das Verantwortungsgefühl der öffentlichen Hand für Bildung und Forschung sowie unsere kulturelle Vielfalt als wichtige Voraussetzung für den Umgang mit Komplexität und mit den Herausforderungen von heute und morgen sind dabei zentral. Zudem produziert die EU, weltweit betrachtet, immer noch am meisten wissenschaftliche Publikationen und weist eine wachsende Forschungsgemeinschaft auf. Und wenn ich unsere drei Länder betrachte, dann stehen wir auch bezüglich Forschungsinvestitionen relativ zum Brutto-Inlandprodukt gut da. Global betrachtet, folgt die Schweiz hinter Israel, Schweden, Japan, Finnland und Süd-Korea an sechster, Österreich an neunter und Deutschland an elfter Stelle. Dies ist fundamental und wir müssen dafür sorgen, dass dies so bleibt, denn letztlich geht es ja nicht nur darum, die Innovationskraft Europas im Hinblick auf ihre Kompetitivität zu stärken, sondern darum, Lösungen für die globalen Probleme des Klimawandels, der Versorgungssicherheit, der sozialen Kohäsion und des fruchtbaren Umgangs mit kultureller Diversität zu finden. Der zweite Jahresbericht des Europäischen Forschungsrats, der Ende Oktober letzten Jahres publiziert wurde, sagt denn auch: «*The prospect of what might happen if we don't act immediately is economic and social decline in Europe and further environmental degradation.*»¹

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss die wichtigsten Verantwortlichkeiten nationaler Akteure im Europäischen Forschungsraum in drei Punkten zusammenfassen:

¹ European Research Area Board, ERAB, Second Annual Report, October 2010

- 1 *Öffentliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft müssen auf hohem Niveau verstetigt werden.* Der Verstetigung der öffentlichen Finanzierung des Wissenschaftssystems kommt dabei besondere Bedeutung zu, denn Wissenschaft ist auf langfristige Stabilität angewiesen. Stop-and-go-Politiken zeigen überproportional negative Auswirkungen.
- 2 *Nationale Innovationslandschaften müssen gestaltet werden.* Wissenschaftliche Konkurrenz findet heute nicht mehr regional oder national statt, sondern international. Auf nationaler Ebene müssen Koordination und Kooperation Vorrang haben. Die Zusammenarbeit von Universitäten, Fachhochschulen, privaten Unternehmen und öffentlicher Institutionen in regionalen Clustern muss deshalb gestärkt werden.
- 3 *Forschungsförderung muss auf Exzellenz setzen.* Dies gilt für Grundlagenforschung ebenso wie für anwendungsorientierte Forschung, denn Exzellenz ist keine Frage der Forschungsausrichtung; es gibt sie hüben wie drüben.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit; ich wünsche Ihnen eine fruchtbare Konferenz und ich hoffe, dass Sie mit Ihrer Dreiländertagung zur Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums beitragen!

13. Januar 2011/Barbara Haering